

CDU hält von den SPD-Plänen gar nichts

KRITIK Diskussion um Sozialarbeit an Schulen / Aufgaben sollen an Zaug übertragen werden / Christdemokraten stellen sich hinter die freien Träger

KREIS GIESSEN (red). Scharf zurückgewiesen hat die CDU-Fraktion im Kreistag den Versuch der SPD, „die Sozialarbeit an Schulen den erfahrenen freien Trägern zu entziehen und anders zu organisieren“. „Die CDU will auf die Kompetenz von Diakonischem Werk, Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Internationalem Bund nicht verzichten“, sagte Fraktionsvorsitzender Claus Spandau nach einem Treffen seiner Fraktion mit Vertretern dieser Wohlfahrtsverbände. Die Sozialarbeit an Schulen war durch eine von der CDU geführte Koalition im Landkreis Gießen eingeführt und seither von unterschiedlichen Koalitionen mit der Unterstützung aller Fraktionen fortgeführt und ausgebaut worden. Die weiterführenden Schulen und ein großer Teil der Grundschulen sind bereits mit einem Sozialarbeiter versorgt. Angeboten werden dabei Veranstaltungen so-

wie Unterstützung von einzelnen Kindern mit besonderem Hilfebedarf.

Die Einbindung der genannten Träger verspreche die Möglichkeit, unkompliziert eine Erziehungsberatung oder sonstige Kompetenz mitnutzen zu können. Die CDU ist davon überzeugt, daß nicht nur die Sozialarbeit an Schulen insgesamt mittelfristig Kosten der Jugendhilfe wie bei Inobhutnahmen vermindert, sondern dass gerade die Beauftragung der freien Träger mit ihrer Kompetenz und ihren Netzwerken zu einer weiteren Vermeidung von Kosten führt.

Fachlich für abwegig hält der sozialpolitische Sprecher der CDU, Dr. Gerhard Noeske, den Gedanken der SPD, diese Einrichtung der Jugendhilfe an Zaug zu übertragen, das als Beschäftigungsträger keinerlei Kompetenz in der Jugendhilfe habe und nicht über das Netzwerk an Einrichtungen, Bera-



Claus Spandau mit Joachim Tschakert (Caritas), Ute Kroll-Naujoks (Diakonie), Wolfgang Häbler (Caritas), Anne Mohr (Awo), Ralf Finthammer (IB) (v.r.) und weiteren Mitgliedern der CDU-Fraktion.

Foto: Privat

tungsdiensten und Weiterbildungsmöglichkeiten verfüge. Offenkundig mißverstanden habe die SPD auch den Auftrag von Jugendhilfe, die, auch wenn sie an Schulen stattfindet, nicht Teil der Lehrerschaft oder des pädago-

gischen Konzepts darstelle. Dies gelte sowohl im bisherigen Schulbetrieb wie beim Ausbau des Nachmittagsangebots oder der Inklusion von Schülern. Befremden löste bei dem Gespräch eine zunächst den Trägern geheim gehalten-

ne Befragung der Schulen durch die sozialdemokratische Dezernentin aus, ob diese denn mit der Arbeit der Träger zufrieden seien. Offensichtlich habe man damit schon versucht, Munition gegen die freien Träger zu sammeln. Angesichts der engen Zusammenarbeit der freien Träger mit den Schulen und der dabei geäußerten Zufriedenheit der Schulen werde diese Umfrage jedoch für die SPD enttäuschend ausfallen.

Da der Vorschlag der SPD fachlich unsinnig und finanziell für den Kreis ohne Nutzen ist, vermutet Claus Spandau als Hintergrund des Antrags eine Notlage bei Zaug. Die CDU sei gerne bereit, an einer guten Zukunft von Zaug mitzuwirken, sobald die Fakten auf den Tisch gelegt würden und die bisherige Geheimnistuerei ein Ende hätte. Die funktionierende Sozialarbeit an Schulen dürfe dafür aber nicht geopfert werden.